

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Doris Bures
Parlament
1017 Wien

GZ: BMGF-11001/0138-I/A/5/2017

Wien, am 15. Mai 2017

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 12482/J der Abgeordneten Dr. Jessi Lintl und weiterer Abgeordneter** nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Fragen 1 bis 14:

- *Haben Sie bzw. das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen bereits Studien in Auftrag gegeben, welche das Thema Palmöl und mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen oder ähnlich gelagerte Themenstellungen zum Inhalt haben?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn ja, wie viele? (Bitte aufgliedern, nach Auftragnehmer, Auftragsthema der Studie, geschätzte Kosten der jeweiligen Studie und Datum der Fertigstellung der Studie)*
- *Gibt es bereits Erkenntnisse aus allfällig fertig gestellten Studien zum Thema Palmöl und mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen oder ähnlich gelagerten Themenstellungen?*
- *Wenn ja, bitte aufgliedern nach dem jeweiligen Auftragnehmer der Studie unter Anführung der Erkenntnisse?*
- *Wurden die Ergebnisse allfällig fertig gestellter Studien zum Thema Palmöl und mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen oder ähnlich gelagerten Themenstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn ja, wo und wann bzw. wie kann die Öffentlichkeit Zugang dazu erhalten? (Bitte aufgliedern in welchem Medium bzw. an welchem Ort die Österreicher entsprechende Informationen erhalten können).*

- *Haben Sie bzw. das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen bereits Maßnahmen aufgrund erhaltener Erkenntnisse aus in Auftrag gegebenen Studien getroffen?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn ja, bitte aufgliedern nach der jeweiligen Maßnahme unter Angabe der gesetzlichen Grundlage sowie Anführung eines Umsetzungszeitplanes und Kosten der Maßnahmen?*
- *Planen Sie bzw. das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen bereits Maßnahmen aufgrund erhaltener Erkenntnisse aus in Auftrag gegebenen Studien?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn ja, bitte aufgliedern nach der jeweiligen Maßnahme unter Angabe der gesetzlichen Grundlage sowie Anführung eines Umsetzungszeitplanes und Kosten der Maßnahmen?*

Auf Basis der aktuellen EFSA-Studie „Risks for human health related to the presence of 3- and 2-monochloropropanediol (MCPD), and their fatty acid esters, and glycidyl fatty acid esters in food“ wird eine europaweite Regelung angestrebt (ich darf dazu auf meine Ausführungen zu den Fragen 15 bis 17 verweisen). Aus diesem Grunde hat das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen keine Studie zu dieser Thematik in Auftrag gegeben.

Mein Ressort legt großen Wert auf die Verbesserung der Ernährungssituation der Bevölkerung als wichtigen Aspekt von Gesundheitsförderung und Prävention. Hier wird auf eine Mischung aus Verhaltens- und Verhältnisprävention gesetzt. Einerseits sollen gesundheitsförderliche Umwelten geschaffen werden und andererseits wird auf die informierte Konsumentin/den informierten Konsumenten gesetzt. Daher wurden und werden immer wieder wissenschaftlich aktuelle Informationsmaterialien erstellt und kostenlos zum Download zur Verfügung gestellt und/oder versandt. Die österreichischen Ernährungsempfehlungen werden durch die Österreichische Ernährungspyramide bildlich dargestellt und in den Alltag transportiert. Die Österreichische Ernährungspyramide zeigt auch, was wissenschaftlich unstrittig ist, nämlich dass eine gesunde Ernährung aus so wenig hoch verarbeiteten Lebensmitteln wie möglich bestehen soll und dass frische und sehr niedrig oder gar nicht verarbeitete Lebensmittel zu bevorzugen sind. Darüber hinaus wird durch die Österreichische Ernährungspyramide auch kommuniziert, dass Abwechslung wichtig ist.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen legt im Bereich Ernährung den Schwerpunkt und den Großteil aller Ressourcen darauf, die Bevölkerung bei einer gesunden und abwechslungsreichen Ernährung zu unterstützen und Bewusstsein dafür zu schaffen, höher und hochverarbeitete Lebensmittel (die eher Palmöl enthalten) zu meiden. Daher gab es bis dato auch noch nicht die Notwendigkeit, eine Studie zum Thema Palmöl in Auftrag zu geben.

Fragen 15 bis 17:

- *Ist Ihnen die Studie der EU-Behörde der Lebensmittelsicherheit EFSA bekannt?*
- *Wenn nein, warum nicht?*
- *Wenn ja, welche Erkenntnisse haben Sie bzw. das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen daraus gezogen?*

Die auch bereits zu den Fragen 1 bis 14 angeführte Studie „Risks for human health related to the presence of 3- and 2-monochloropropanediol (MCPD), and their fatty acid esters, and glycidyl fatty acid esters in food“ wurde im EFSA-Journal 2016; 14(5):4426 [159 pp.] der Öffentlichkeit zugänglich gemacht (<http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/160503a>). Nähere Informationen hierzu stellt auch die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) den Verbraucher/inne/n zur Verfügung (<https://www.ages.at/themen/rueckstaende-kontaminanten/mcpds-gycidyl-ester/>).

Sie bezieht sich auf die gesundheitlichen Bedenken hinsichtlich der Stoffe Glycidyl-Fettsäureester (GE), 3-Monochlorpropandiol (3-MCPD) und 2-Monochlorpropandiol (2-MCPD) sowie deren Fettsäureester. Es werden in dieser EFSA-Studie keine ernährungsphysiologischen Aspekte berücksichtigt.

Prozesskontaminanten auf der Basis von Glycerin, die in Palmöl, aber auch anderen Pflanzenölen, Margarinen und einigen verarbeiteten Lebensmitteln enthalten sind, geben Anlass zu möglichen Gesundheitsbedenken für Verbraucher/innen in jüngeren Altersgruppen, die durchschnittliche Mengen dieser Lebensmittel verzehren, sowie für sämtliche Altersgruppen im Fall von großen Verzehrsmengen.

Das Sachverständigen-gremium für Kontaminanten in der Lebensmittelkette (CONTAM) der EFSA ist gerade dabei, diese Stoffgruppe neuerlich zu bewerten. Die möglichen Gesundheitsbedenken bei Palmöl und dessen Prozesskontaminanten reichen über nationale Grenzen hinaus. Daher befürworte ich die Bestrebungen der EU-Kommission von einer europäischen Lösung, welche die erstellte EFSA-Stellungnahme mit einschließt. Auf Basis dieser EFSA-Stellungnahme wird auf EU-Ebene in diesem Zusammenhang derzeit intensiv die Festlegung von entsprechenden Höchstgehalten unter anderem für Säuglingsnahrung diskutiert.

Diese Bestrebungen werden von Österreich unterstützt. Das Bundesministerium für Gesundheit und Frauen setzt sich dafür ein, dass dabei zeitnah Ergebnisse erzielt und umgesetzt werden.

Dr.ⁱⁿ Pamela Rendi-Wagner, MSc

